

# Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen  
für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis:

monatlich 2.00 M. einschließlich Zustellungsbab. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und alle Zeitungsvermittler entgegen. — Einzelhefte müssen ein Drittel zur Vorabnahme.

Halle-Saale

Mittwoch, 20. Januar 1926

Anzeigenpreis:

Die gewöhnliche 1000 mal 1000 mm große 10 Pfennig, kleine Anzeigen 5 Pfennig. — 1000 mal 1000 mm große 10 Pfennig, kleine Anzeigen 5 Pfennig. — 1000 mal 1000 mm große 10 Pfennig, kleine Anzeigen 5 Pfennig. — 1000 mal 1000 mm große 10 Pfennig, kleine Anzeigen 5 Pfennig.

Geschäftsstelle Berlin, Bernburg Str. 50. Fernruf Amt Kurirtel Nr. 6202. Einzelhefte Berlin, Bernburg Str. 50. Fernruf Amt Kurirtel Nr. 6202. Einzelhefte Berlin, Bernburg Str. 50. Fernruf Amt Kurirtel Nr. 6202.

## Das Kabinett Luther gebildet

### Ein erfolgreicher Appell Hindenburgs

Dr. Luthers Ministerliste

Berlin, 19. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

Wie wir erfahren, hat Reichspräsident von Hindenburg heute abend die Führer der an den Regierungen-Verhandlungen beteiligten Parteien empfangen, und zwar für die Deutsche Volkspartei Dr. Schulz, für das Zentrum Dr. Marx, für die Bayerische Volkspartei Domkapitular Leicht und für die Demokraten Koch, Eichelz und Haas.

Nachdem die Verhandlungen über die Regierungsbildung heute mittig erneuten Schwierigkeiten ausgeartet waren, hat der Reichspräsident mit diesem Empfang noch einmal im entscheidenden Augenblick eingegriffen, um die Parteiführer in einem einbringlichen Appell darauf hinzuweisen, daß keine Parteiwünsche hinter den Interessen des Vaterlandes zurücktreten müßten, zumal das Staatswohl ein längeres Auseinander der Kräfte nicht zulassen erlaube. Der Reichspräsident hat deshalb den Kanzler beauftragt, den Parteien nacheinander eine Ministerliste vorzulegen und sie um ihre endgültige Antwort zu ersuchen. Gleich darauf begaben sich die Parteiführer in die Reichspräsidenten, wo Dr. Luther ihnen seine Liste bekannt gab, und sie dann um ihre Antwort bis heute abend 10 Uhr ersuchte. Die Fraktionen berieten zur Beratung der endgültigen Antwort für 7 Uhr Sitzungen an.

Die Liste lautet folgendermaßen:

- Reichskanzler: Dr. Luther.
- Außenminister: Dr. Stresemann.
- Innenminister: Dr. Kälz (Dem.).
- Finanzen: Dr. Reinhold (Dem.).
- Wirtschaft: Dr. Curtius (D.D.P.).
- Arbeit: Dr. Brauns (Zentrum).
- Justiz: Dr. Marx (Zentrum).
- Reichswehr: Dr. Gehler, Dr. Koch, Stingl (B. D. P.).

Verkehr: Krohne (D. D. P.).

Das Ernährungsministerium ist zurzeit noch nicht fertig. Es wird wahrscheinlich ein Minister erhalten, der dem Zentrum nahesteht. Wenn eine Bestellung jetzt noch nicht erreicht werden sollte, so würde der Reichspräsident selbst zunächst das Ministerium verwalteten. Das Ministerium für die besetzten Gebiete bildet zunächst unbesetzt, wird aber provisorisch von Dr. Marx verwaltet werden. Die Fraktionen der Mittelparteien vernehmen sich sofort nach der Rückkehr der Parteiführer.

Wie wir noch erfahren, haben die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei beschlossen, der von Dr. Luther vorgelegten Kabinettsliste ihre Zustimmung zu erteilen. Die letzte Entscheidung liegt jetzt bei den Demokraten, die kurz nach 7 Uhr zu einer Fraktions Sitzung zusammengetreten sind.

In seiner Berliner Schriftleitung dröhnt uns noch vor der Entscheidung der Demokraten:

Der Vermittlungsvorschlag, den Dr. Luther heute mittig bezüglich der Bildung des Innenministeriums machte, hat im letzten Augenblick die Parteien zur parlamentarischen Lösung der Krise wieder eröffnet. Der Oberbürgermeister Dr. Hülse-Dreesen scheint bereit zu sein, das Amt des Innenministeriums zu übernehmen. Da die Demokraten aber darauf bestehen, und Dr. Luther diesem Wunsch in keiner der Parteien vorgelegten Ministerliste entgegenkommen ist, daß Dr. Reinhold das Finanzministerium übernehmen soll, wird die demokratische Partei in dem kommenden Kabinett die ausschlaggebende Rolle spielen. Man kann es sich nicht ganz vorstellen, daß sie zu dem in der Vorbereitung mit dem Reichspräsidenten vereinbarten Termine heute abend um 10 Uhr eine neue Abfolge erteilen würde.

Damit ist dann das parlamentarische Kabinett Luther trotz aller Schwierigkeiten doch noch zustande gekommen, zumal auch alle übrigen in Frage kommenden Ministerkandidaten ihre Zustimmung zu den vorgelegten Ministerlisten erteilt haben. Es ob allerdings Bedenken haben, die es möglich ist, daß die Regierung von der Zustimmung der Reichspräsidenten und links und in der Mitte ab, wie weit dieses Kabinett überhaupt zu bestehen vermag. Im Grunde genommen,

sind ihm noch heißen Seiten für die Fülle gebunden und man kann also nicht von ihm erwarten, daß es die selbständige und entscheidende Willenskraft zeigt, die gegenüber den schweren Aufgaben, die zu lösen sind, notwendig ist. Die starke demokratische Betonung dieses Kabinetts wird es jedenfalls den Deutschen Nationalen außerordentlich schwer machen, Neutralität zu bewahren, wenn man auch der neuen Regierung Luther eine zeitliche Schonungsrufe geben wird. Augenblicklich ist der Entschluß der demokratischen Partei, wohl aus berechtigten Gründen ihre Entscheidung länger als die anderen Parteien hinauszuzögern, nicht bekannt. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, denn die Demokraten benehmen mit ihrem Verhalten auf jeden Fall, daß sie per exzellenz verstehen, bis zurzeit die parlamentarische Seite zu bewahren.

Wie wir noch kurz vor Redaktionsschluß erfahren, hat auch die Reichstagsfraktion der demokratischen Partei am Dienstag abend nach mehr als zweifelhäftiger Fraktionsführung mit kleiner Mehrheit beschlossen, die Liste des Kabinetts zu genehmigen. Die Fraktion sagte eine Resolution, in der sie ihre Haltung in der Regierungskrise zu begründen sucht.

Mit dieser Zustimmung ist das Kabinett Luther endgültig gesichert.

### Der Appell des Reichspräsidenten

Berlin, 19. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

Amlich wird gemeldet:

Der Reichspräsident empfing heute nachmittag um 6 Uhr die Vertreter der vier für die Koalition der Mitte in Frage kommenden Parteien. Der Reichspräsident gab den erschienenen Herren folgende Erklärung ab:

„Ich habe Sie zu mir gebeten, meine Herren, um vor Ihnen auszusprechen, daß meines Bekleidens namentlich eine Regierung zustande kommen muß. Nachdem durch das Ausscheiden der Deutschnationalen Volkspartei der bisherigen Mehrheitsregierung die Grundlage entzogen worden war, nachdem

## Vor einem Abgeordneten-Abbau?

### Notwendige Reform der Verfassung

Berlin, 19. Januar.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

In politischen Kreisen wird schon seit langem eine durchgreifende Reform des deutschen Wahlwesens erwogen, durch die vor allem auch erreicht werden soll, daß ein Teil der Reichstagsabgeordneten abgebaut wird. Gerade die Erfahrungen, die das deutsche Volk mit der Regierungskrise der letzten Woche wieder einmal gemacht hat, haben ihm unabweislich bewiesen, daß zu viele Abgeordnete den Reich vertreten. Sinau kommt die Überlegung, daß das Reich zwingenden Grund hat, auf das Bestehen jeder unnötigen Ausgabe zu sparen. Auch in den Länderparlamenten tut ein Abgeordnetenabbau dringend not.

Die Deutschnationale Volkspartei wird namentlich im Hinblick auf diese Reformen Schritte stellen und sich den praktischen Weg, eine solche Verminderung der Reichstagsmitglieder zu erreichen, darin, daß das Wahlalter auf 24 oder 25 Jahre hinausgesetzt wird. Aber auch noch eine Reihe anderer Vorschläge, die auf eine Reform der Verfassung hinauslaufen und vor allem dem Reichspräsidenten erheblichen Einfluß geben, wie es in anderen Ländern der Fall ist, werden von der Deutschnationalen Volkspartei gestellt werden. Eine Verminderung des Art. 154 der Reichsverfassung, die dem Reichspräsidenten die Entscheidung über eine Entlassung bzw. Ernennung des Reichskanzlers in die Hand gibt, würde dazu notwendig sein. Weiter werden Vorschläge erfaßt, die dem Reichstag, in dem Preußen als der größte Bundesstaat der Reichsversammlung, größeren Einfluß auf die Reichspolitik sichern. Da diese Vorschläge schädliche Folgen herbeiführen, bis in allen Parteien um Bedenken haben, kann man wohl damit rechnen, daß sie in ein Reichstag im Parlament nicht, so schwer es auch den Abgeordneten ankommen mag, selbst die eigenen Diätenansprüche zu verringern.

### Der Volksentscheid über die Fürstengelder ausfallslos

Berlin, 19. Januar.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Die Aktion der radikalen Kreise, auf dem Wege über einen Volksentscheid die Vermögensentziehung der deutschen Fürstendynastien herbeizuführen, hat wenig Aussicht auf Er-

folg. Der Antrag auf Zulassung der bekanntlich beim Reichsministerium des Innern eingebracht worden ist, bezieht sich auf die Unterbrechung eines Schenkens der künftigen Reichswähler, so daß bei über 40 Millionen Wahlberechtigten allein schon 4 Millionen Unterzeichner notwendig sind, um das Volksbegehren zu ermöglichen. Daraufhin muß dann erst der von den Kommunisten eingebrachte Geheime Entwurf einer entscheidungslosigen Entscheidung dem Reichstags zur Beschlußfassung vorgelegt sein. Erst wenn dieser, wie zu erwarten ist, Ablehnung gefunden hat, wird der Geheime Entwurf zum Volksentscheid gebracht. Mindestens die Hälfte aller Wähler muß seine Zustimmung bekunden, sonst gilt der Volksentscheid als abgelehnt. Die endgültige Entscheidung bei geheimer Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung des Entwurfs, sollte es den Kommunisten tatsächlich gelingen, die genügende Anzahl Stimmen für ein Volksbegehren zusammenzubringen, so werden sie an der Spitze stehen, daß sich an der Abstimmung voraussichtlich nicht die genügende Zahl von Wählern beteiligt. Nach der Haltung der Sozialdemokratie ist kaum anzunehmen, daß sie sich im Schlepplau der Kommunisten nehmen lassen wird, so sehr sie auch im inneren Herzen bereit wäre, den Rest am Privatbesitz zu vollziehen.

### Der Geheime Entwurf über die Wirtschaftsanquete

Annahme im vorläufigen Reichswirtschaftsrat.

Berlin, 19. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates behandelte heute den von der Reichsregierung zur Begutachtung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Einsetzung eines Ausschusses für die Untersuchung der Erzeugung und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft. Der Ausschuss stimmte dem Geheime Entwurf zu mit der Maßgabe, daß der Untersuchungsausschuss aus 27 bis 30 Mitgliedern zusammenzusetzen wird. Demnach sollen beraten werden 9 durch den Reichstag, 9 durch den Reichsrat, der vorläufigen Reichswirtschaftsrat und 9 durch die Reichsregierung. Der Ausschuss soll 6 Monate lang, bis durch Zuwahl von höchstens 9 Mitgliedern zu ergänzen.





